

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. — Bezugspreis freibleibend für den Monat 0,90 RM.
Donnerstags: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.
Sonntags: Die illustrierte Sonntagsbeilage.
In zwangloser Folge: Blätter zur Pflege der Heimatkunde.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebotes.



Anzeigenpreis: Die sechseckige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreieckige Reflamezeile (90 mm) 30 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Schriftleiter Hans Sächse, Baruth (Mart).
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sächse, Baruth (Mart).
Fernsprecher Nr. 217. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unbedeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 32

Donnerstag, den 16. März

1933

Französischer Schritt in Berlin? Wegen der Einstellung von Hilfspolizei.

Die Nachricht, daß die französische Regierung beabsichtigt, wegen der Besetzung der Rathäuser und der Kasernen in der entmilitarisierten Rheinlandzone durch nationalsozialistische Sturmabteilungen in Berlin Einspruch zu erheben, wurde nach Meldungen aus Paris am Sonnabend noch amtlich abgelehnt. Jetzt stellt sich heraus, daß die französische Regierung ihren Vorgesandten in London beauftragt hat, die Auffassung der britischen Regierung zu ermitteln und ein gemeinschaftliches Vorgehen zu vereinbaren. Die englische Regierung hat auf Grund eines Gutachtens der Kronjuristen die Frage der französischen Regierung verneint und dementsprechend ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit abgelehnt. Daraufhin soll der französische Vorgesandte in Berlin, Francois-Ponce, beauftragt worden sein, einen gesonderten Schritt zu unternehmen.

Im Auswärtigen Amt in Berlin ist von legendärer Absicht Englands oder Frankreichs, einen diplomatischen Schritt wegen der Verwendung von SA-Hilfspolizei in der entmilitarisierten Zone vorzunehmen, nichts bekannt.

Zurückziehung der polnischen Truppen von der Westerpforte.

Polen einstimmig in Genf verurteilt.
Unter dem Druck der Großmächte ist Polen in Genf gezwungen worden, unverzüglich die Zurückziehung seiner Truppen von der Westerpforte in Danzig anzuordnen. Das ist die dritte schwere Niederlage, die Polen von dem Völkerbundrat in den letzten Tagen erlitten hat, und die polnische Propaganda in Danzig ist damit eindeutig vom Völkerbundrat einstimmig verurteilt worden. Sogar Frankreich hat in Genf das Vorgehen Polens gegen Danzig mißbilligt.

Der Danziger Senatspräsident Szech hat nach Schluß der Ratssitzung am Dienstag dem englischen Außenminister Simon und dem polnischen Außenminister Bede erklärt, er werde unter keinen Umständen Genf eher verlassen, als

bis die Zurückziehung der polnischen Truppen von der Westerpforte erfolgt sei.

Die polnische Regierung veröffentlicht eine Erklärung, die die Welt vor der angeblichen Gefahr des deutschen Nationalismus zu warnen sucht. Diese polnische Erklärung, die in ungewöhnlich scharfer Form gehalten ist, hat allgemein Fremde erregt, da sie im offenen Widerspruch zu dem gesamten Verhalten Polens steht.

Der Vorsitzende des Danziger Industrieverbandes, Erwin Kiewer, hat in seiner Versammlung dieses Verbandes auf die untragbaren Zustände hingewiesen, unter denen die Danziger Industrie heute infolge der polnischen Wirtschaftsmaßnahmen kämpfen muß. Er hat dabei ausgeführt, die Danzig durch den Völkerbund vertraglich garantierte Lebensrechte würden seit Jahren von Polen Tag für Tag mißachtet.

Verständigungsversuche der Danziger Regierung und Wirtschaft seien stets an dem polnischen Machtwillen Polens gescheitert.

Es habe auch nichts genützt, daß Danzig sein Recht vom Völkerbund bestätigt erhalten habe. Polen habe sich nicht nur über die Beschlüsse des Völkerbundes hinweggesetzt, sondern seine Maßnahmen gegen Danzig noch demonstrativ verstärkt. Wenn der Völkerbund nicht die Absicht habe, Danzig den versprochenen Schutz zu geben, dann habe er die Pflicht, Danzig auf schnellstem Wege andere ausreichende Lebensmöglichkeiten zu schaffen.

Mac Donald hinter verschlossenen Türen.

Ministerpräsident Mac Donald hat in Genf am Dienstag sämtliche Unterredungen abgelehnt und sich zur Bearbeitung eines neuen Abrüstungsplanes in sein Zimmer eingeschlossen. Von englischer Seite wird betont, eine Vertagung der Konferenz könne nicht in Frage kommen, es müsse die Grundlage einer allgemeinen Verständigung gefunden werden.

Die Gleichschaltung in den Ländern.

Die Vereinheitlichung des Reiches im Sinne der nationalen Erneuerung macht schnelle Fortschritte. Nach Eingehung der Reichskommissare erfolgt die Gleichschaltung der Länder auf allen Gebieten der inneren Verwaltung. Der neue Geist zeigt sich durch:

Preußen.
Das Verbot der sozialdemokratischen periodischen Druckschriften in Preußen ist durch einen Volkszeitungsdruck auf sämtliche Regierungspräsidenten um vierzehn Tage verlängert worden.

Bayern.
Auf Grund eines Erlasses des Staatskommissars im Ministerium des Innern, Adolf Wagner, ist die Bildung einer Hilfspolizei in Angriff genommen worden. In einem weiteren Erlass des Kommissars wird angeordnet, daß das der NSDAP infolge der Ereignisse vom 8. bis 9. November 1923 beschlagnahmte Eigentum in vollem Umfang wieder an die Partei zurückzugeben ist.

Reichskommissar v. Epp empfing in Gegenwart des Staatskommissars Esser die Vertreter der Landesbauernkammer sowie die beiden Deputierten Essner und Böttch. Die Besprechung ergab volle Übereinstimmung. Ebenso notwendig wie die Durchsicherung der reichspolitischen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung seien alle jene wirtschaftlichen und vor allem die Interessen der Landwirtschaft befriedigenden Vorkehrungen, durch die die den Staat, Ruhe und Ordnung gefährdende Beunruhigung in der Landwirtschaft beseitigt werden könne. Im Anschluß wies im Namen der bayrischen Industrie- und Handelskammer Geheimrat Pförr auf jene Fragen hin, die in erster Linie der Beunruhigung der Wirtschaft gelten. Die Konsolidierung der politischen Verhältnisse wird auch in den von ihm vertretenen Kreisen begrüßt.

Württemberg.
Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat hat der Polizeikommissar für das Land Württemberg angeordnet, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die Eiserner Front und sämtliche Vereinigungen, die für die Belange dieser beiden Organisationen eintreten, mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten werden. Ferner ist das Tragen von Uniformen sowie das Tragen und Führen von Abzeichen, die die Zugehörigkeit zu den verbotenen Vereinigungen zeigen, verboten worden.

Baden.
Der kommissarische Finanzminister Köhler hat als erste Amtshandlung die Gehälter der badischen Minister durch Notverordnung zur Sicherung der Haushalte auf 12 000 RM herabgesetzt. Die Aufwandsentschädigung für den Ministerpräsidenten kommt in Wegfall. Diese Maßnahme trifft die Mitglieder der alten Regierung und nicht die Kommissare der neuen, da diese ihr Amt ehrenamtlich ausüben.

Sachsen.
Amtlich wird mitgeteilt: „Warenhäuser und andere Geschäfte können von der örtlichen Polizeibehörde bis zur Freigabe von 24 Stunden polizeilich geschlossen werden, wenn durch die Bedrohung eines solchen Geschäfts die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet ist.“ — In einem Erlass des Kommissars für das Polizeiwesen in Sachsen werden alle Personen, die nicht Inhaber des Waffenscheins sind oder nicht der SA, SS, oder dem Stahlhelm angehören, aufgefordert, Schusswaffen bis zum 15. März bei der örtlichen Polizeibehörde abzuliefern.

Lübeck.
Der Reichskommissar für Lübeck, Dr. Böcher, hat zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sieben Staatskommissare ernannt.

Hamburg.
Der gegenwärtige hamburgische nationalsozialistische Erste Bürgermeister Krognann hat, wie amtlich mitgeteilt wird, auf den ihm zustehenden Dienstkraftwagen verzichtet.

Für die Idee der nationalen Revolution

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels über seine Aufgabe.

Am Dienstagmittag empfing Reichspräsident v. Hindenburg den neuernannten Minister für Volksaufklärung und Propaganda, den Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Goebbels. Der Reichspräsident nahm die Vereidigung vor, die nach dem Reichsministersgesetz erfolgen muß.

Der neuernannte Minister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat an die Amtswalter der Propaganda der NSDAP einen Aufruf erlassen, in dem er u. a. erklärt:

„Ich sehe in dieser Berufung eine Anerkennung für die vorbildliche Arbeit, die die Propaganda-Amtswalter der ge-

samten Bewegung in den vergangenen, vor allem im letzten Wahlkampf, manchmal unter Aufopferung ihrer eigenen Person, geleistet haben. Ich möchte deshalb allen Amtswaltern der Propaganda an dieser Stelle meinen tiefempfundnen Dank für die tatkräftige Mithilfe, die sie der Reichspropagandaleitung so oft geleistet haben, zum Ausdruck bringen. Auf Wunsch des Führers behalte ich die Reichspropagandaleitung der Partei weiterhin bei; ich hoffe, daß es uns gelingen wird, in absehbarer Zeit durch eine vorbildliche Aufklärungsarbeit sowohl von Seiten des Staates als auch der Bewegung das ganze deutsche Volk für die Idee der nationalen Revolution zu gewinnen.“

Dr. Goebbels hat ferner an die Rundfunkleitungen ein Schreiben gerichtet, in dem er ersucht, allen Angehörigen des Rundfunks, die an dem morgigen Tag die Wahlen in aufopferungsvoller Dienstleistung mitgewirkt haben, den Dank der Parteileitung zu übermitteln. Ich bin auch ausdrücklich beauftragt, ihnen den persönlichen Dank des Reichsleiters auszurichten.

Die Berliner Gauleitung der NSDAP hat an Goebbels Stelle den Landtagsabgeordneten Justizoberinspektor Osterlaker übernommen.

Großreinemachen in den Rathäusern.

Die Säuberung der Rathäuser in Preußen geht voran. In Städten, in denen die Nationalsozialisten allein oder vereint mit der Kampffront die Mehrheit haben, sind die Bürgermeister des alten Systems bereits abgetreten, darunter in folgenden Großstädten:

Altona: Oberbürgermeister Brauer sollte in Schutzhaft genommen werden, ist aber verschwunden.

Bonn: Oberbürgermeister Dr. Kürten wurde auf Antrag verhaftet.

Böhm: Der Oberbürgermeister wurde auf seinen Antrag sofort verhaftet.

Braunschweig: Oberbürgermeister Böhm wurde in Schutzhaft genommen. Auf Anordnung des braunschweigischen Staatsministeriums hat sich Böhm jeder Dienstgeschäfte zu enthalten.

Frankfurt am Main: Oberbürgermeister Dr. Sandmann sollte in Schutzhaft genommen werden, hatte aber Frankfurt bereits am Sonnabend mit unbekanntem Ziel verlassen. Bürgermeister Dr. Schloffer ist gleichfalls zurückgetreten.

Gelsenkirchen: Oberbürgermeister Dr. Zimmermann wurde verhaftet.

Sarburg-Weilmarsburg: Der Erste Bürgermeister wurde mit sofortiger Wirkung abgesetzt.

Kiel: Oberbürgermeister Lucke wurde verhaftet.

Köln: Oberbürgermeister Dr. Udenauer wurde verhaftet und seines Amtes entbunden.

Königsberg: Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer wurde zwangsweise verhaftet.

Magdeburg: Oberbürgermeister Neuter, der frühere sozialdemokratische Stadtrat und Verkehrsdezernent in Berlin, wurde seines Amtes entbunden.

Mannheim: Oberbürgermeister Dr. Heimrich wurde in Schutzhaft genommen, da sein Widerstand gegen die Flaggenehrung weiteste Kreise der Bevölkerung gegen ihn erbittert hatte.

Münster: Oberbürgermeister Dr. Suppe wurde mit sofortiger Wirkung verhaftet.

Stettin: Die beiden sozialdemokratischen besetzten Stadträte Wille und Schumann sind bis auf weiteres verhaftet.

Wiesbaden: Oberbürgermeister Rütke wurde in Schutzhaft genommen.

Als Reichsminister Göring in diesen Tagen das Reichsinnenministerium unter den Händen in Berlin verließ, jubelte ihm die Menschenmenge, die sich vor dem Gebäude angesammelt hatte, zu. Dabei wurden auch Rufe laut: „Dem eisernen Besen dreimal Heil!“

Die Säuberung in Berlin.

Die vom Reichskommissar für das preussische Innenministerium, Göring, eingeleitete Säuberungsaktion in der Berliner Stadtverwaltung wird planmäßig weitergeführt. Fünf besetzte Mitglieder des Magistrats wurden ihrer Ämter entbunden, ein weiteres Magistratsmitglied trat freiwillig zurück. Ferner stehen zahlreiche Verurteilungen auch in den 20 Bezirksämtern bevor. Der zum Kommissar für besondere Verwendung beim Oberbürgermeister ernannte Führer der nationalsozialistischen Rathausfraktion, Dr. Lippert, hat bereits entsprechende Beratungen im Innenministerium gehabt.

Auf Anordnung des Reichskommissars sind die Bürgermeister Sanae, Stadtkämmerer Uch, Stadtbaurat

Diätensperr für Kommunisten.

Berlin, 14. März. Der preussische Landtagspräsident Kerl hat die Diäten-Auszahlung für die neugewählten kommunistischen Landtagsabgeordneten gesperrt.